

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS
Band: 104 (2007)
Heft: 2

Rubrik: Auftakt

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 26.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vom Off in die Offensive

Während Wind und Wetter in diesem Frühling weitgehend ausblieben, brauste in den letzten Wochen der Sturm der Missbrauchsdebatte über die Sozialhilfe. An dieser Stelle deshalb die kritische Rückfrage: Haben wir richtig reagiert? Die SKOS hat sich kürzlich an ihrer Vorstandstraite dazu Gedanken gemacht. Selbstkritisch ist anzumerken, dass

wir besser hätten reagieren können. Regelmässig geraten wir bei Bekanntwerden von effektiven oder vermeintlichen Missbrauchsfällen in die Defensive und die Sozialhilfe wird generell in Frage gestellt. Was haben wir dem entgegenzustellen?

Wir sind zum Schluss gekommen, dass wir künftig offensiver über die Sozialhilfe infor-

mieren und ein paar wichtige Botschaften in die Öffentlichkeit tragen sollten. Wenn Missbrauchsfälle aufgedeckt werden, sollte dies offen kommuniziert werden. Die Sozialhilfe hat kein Interesse daran, Missbrauchsfälle zu vertuschen. Aber eigentlich geht es heute längst um etwas anderes. Um die Legitimation der Sozialhilfe und damit weiter um die Inhalte und Grenzen gesellschaft-





Ueli Tecklenburg
Geschäftsführer der SKOS

Ganz privat

Wenn von Privaten und Sozialhilfe die Rede ist, hat wohl jeder und jede eine eigene Vorstellung davon. In der Tat: Es gibt verschiedene Formen privater Sozialhilfe. In dieser Nummer der ZeSo greifen wir mindestens drei davon auf.

Zunächst die privaten Hilfswerke: Sie geniessen in der Öffentlichkeit einen hohen Bekanntheitsgrad. Der Artikel von Natalie Pfister (S. 12) zeigt, dass die privaten Hilfswerke eine beachtliche Rolle im System der sozialen Sicherheit in der Schweiz spielen. Aber auch an ihnen gehen die aktuellen Turbulenzen im Zusammenhang mit der Sozialhilfe nicht unbemerkt vorbei: Sie sind gezwungen, sich in gewisser Weise anzupassen.

Weniger bekannt hingegen sind Formen privater Sozialhilfe, deren Existenz nur vor historischem Hintergrund erklärbar ist. Dazu gehört etwa die Zentrale Fürsorgestelle der Burgergemeinde der Stadt Bern (S. 10). Dort wird die Unterstützung mit Leidenschaft erbracht. Aber man stelle sich einmal vor, einem in Bern zu Gast weilenden Franzosen erklären zu wollen, dass arme «Bernburger» von einer «Almosnerin» betreut werden. Er würde wahrscheinlich seinen Ohren nicht trauen oder die Schweiz wieder einmal als eine exotische Insel in Europa bezeichnen.

Als Kontrapunkt zur Geschichte bilden schliesslich die privatwirtschaftlichen Anbieter eine relativ neue Gruppe im Sozialhilfebereich. Die Ansichten über diese Firmen gehen weit auseinander, wie das Streitgespräch zwischen der Gewerkschafterin Christine Goll und dem Sozialhilfeunternehmer Ernst Klauser zeigt (S. 4). Ist die Privatisierung der Sozialhilfe eine Gefahr für die Demokratie, wie Christine Goll meint? Oder ist sie, wie Ernst Klauser glaubt, eine zukunftsfruchtige Lösung vor allem für kleinere Gemeinden? Setzen Sie sich selbst ins Bild. Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre.

licher Solidarität. Wir sollten uns nicht scheuen, diese Zusammenhänge anzusprechen und aufzuzeigen, was die Sozialhilfe heute leistet und was sie nicht leisten kann.

Manchmal hilft es schon, gewisse Tatsachen in den Raum zu stellen: Jüngst hat die Stadt Basel nachgezählt und festgestellt, dass von den insgesamt 5000 Fällen gerade einmal in 50 Fällen mehr als 5000 Franken ausbezahlt wurden. Die so genannt teuren Fälle machen demnach gerade einmal ein Prozent aus. Weiss man dazu noch, dass es sich in diesen Fällen vor allem um aufwändige Suchtherapien oder Platzierungskosten gehandelt hat, verliert das Schlagwort von der grosszügigen Sozialhilfe an Schlagkraft.

Wir sollten uns nicht scheuen, in der öffentlichen Debatte darauf hinzuweisen, dass die Sozialhilfe ein ausgesprochen kostengünstiges und wirksames soziales Sicherungssystem ist. Sie kann mehr als andere Systeme auf die individuellen Situationen der Betroffenen eingehen und trifft sorgfältigere Abklärungen als es beispielsweise die Steuerämter tun können. Sie braucht zwar mehr Personal als andere Vollzugssysteme, leistet aber einen entscheidenden Beitrag zur Integration armutsbetroffener Menschen.

Die Sozialhilfe hat aber auch Grenzen – auch dies muss kommuniziert werden. Zum Beispiel bei der Ausgestaltung von Arbeitsanreizen. Die Sozialhilfegesetze geben uns den Auftrag, die Existenz Bedürftiger zu sichern und zwar unabhängig davon, ob jemand arbeitet oder nicht. Auch wenn wir alles versuchen, Menschen zur Arbeit zu verhelfen, wissen wir nur zu gut, dass viele Klientinnen und Klienten aus den verschiedensten Gründen nicht arbeiten können.

Die SKOS-Richtlinien schaffen mittels Freibeträgen für Erwerbseinkommen und Integrationszulagen Arbeitsanreize. Viel wichtiger aber sind in diesem Zusammenhang die Leistungsgrenzen bei der Alimentenbevorschussung, Steuern und Abgaben, Kosten für die Kinderbetreuung, Familienzulagen und vieles mehr, was das effektive Einkommen be-

stimmt. Ohne eine bessere Abstimmung all dieser Instrumente können keine konsequenten Arbeitsanreize gesetzt werden. Die Sozialhilfe kommt da rasch an ihre Grenzen. Auch dies gehört in eine offensiv geführte öffentliche Diskussion. ■

Walter Schmid
Präsident der SKOS